

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	130
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	24.10.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	die Vorsitzende, Herr Wacker (Jobcenter), Frau Tränkle und Frau Zorn (beide SozA)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	"Die Energiepreise schießen in die Höhe: 'Stuttgarter Energie-Nothilfefonds' stoppt Gas- und Stromabschal- tungen" - Antrag Nr. 227/2022 vom 18.07.2022 (SPD) - mündlicher Bericht -		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu Beginn nimmt BMin Dr. Sußmann Stellung zum vorliegenden Antrag. Die Vorsitzen-
de erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung zum derzeitigen Zeitpunkt ein kommunal fi-
nanzierter Energie-Nothilfefonds nicht notwendig sei. BMin Dr. Sußmann begründet
diese Haltung mit Verweis auf die bereits vorhandenen Sozialleistungen sowie die kürz-
lich durch den Bund für verschiedene Personengruppen beschlossenen weitführenden
und vorausschauenden Hilfs- und Entlastungsmaßnahmen.

Die Bürgermeisterin führt konkret aus, dass für Bezieherinnen und Bezieher von SGB-
II-Leistungen sowie von Grundsicherungsleistungen nach SGB XII das Thema Energie-
kosten über den Regelsatz in Kombination mit der Übernahme der Unterkunftskosten
(für die ersten 2 Jahre in voller Höhe) geregelt sei. Eine Erhöhung im Bereich der Ener-
giekosten würde durch das Jobcenter übernommen werden. Ferner gebe es auch für
Nicht-Leistungsbezieher (sog. Schwellenhaushalte) Möglichkeiten einer Unterstützung
durch eine Einmalzahlung, falls bspw. eine Nachzahlung von Energiekosten bei diesen
Personen zur Bedürftigkeit führen sollte.

Bezugnehmend auf die aktuellen Entlastungen von Bundesseite weist BMin Dr. Sußmann darauf hin, dass Personen, die Transferleistungen beziehen, einen einmaligen Zuschlag in Höhe von 200 EUR pro Person erhalten haben, sowie Familien ergänzend dazu noch einen Kinderbonus in Höhe von 100 EUR. Durch das dritte Entlastungspaket des Bundes sollen insbesondere auch die Rentnerinnen und Rentner sowie die Studierenden bedacht werden.

Im Folgenden erklärt die Vorsitzende, dass aus Sicht der Verwaltung sich für die Bürgerinnen und Bürger aufgrund der vielen verschiedenen Unterstützungsleistungen sowie mit Blick auf die neuen und geplanten gesetzlichen Regelungen des Bundes (Stichworte Wohngeldreform, Bürgergeld, Online-Zugangsgesetz) ein erhöhter Beratungsbedarf ergebe. Diesem erhöhten Beratungsbedarf wolle die Verwaltung - bei Zustimmung des Gemeinderates - durch verstärkte Information in einer zentralen Clearingstelle für Sozialleistungen Rechnung tragen. In der Beratungsstelle sollen die Bürgerinnen und Bürger über die unterschiedlichen Unterstützungsmöglichkeiten informiert und bspw. auch bei der Einreichung von Online-Anträgen unterstützt werden. Die Verwaltung werde eine entsprechende Konzeption für die Beratungsstelle zeitnah ausarbeiten, sofern der Bedarf auch durch den Gemeinderat gesehen werde.

Im Sinne der Vorsitzenden äußern sich im weiteren Verlauf auch Herr Wacker (Jobcenter) und Frau Tränkle (SozA). Beide betonen, dass für alle Fallkonstellationen im Zusammenhang mit einer aufgrund von hohen Energiekosten auftretenden Bedürftigkeit im Bereich SGB II, SGB XII und bei Schwellenhaushalten Lösungen gefunden werden könnten.

Anschließend geht BMin Dr. Sußmann noch kurz auf die geplante Wohngeldreform ein und erklärt, dass hier vor der Verabschiedung des Gesetzes noch Finanzierungsfragen und einige Unklarheiten (z. B. beim Thema Abschlagszahlungen) auf Bundesebene geklärt werden müssten. Aus Sicht der Verwaltung mache eine breit angelegte Informationskampagne zur geplanten Wohngeldreform zum derzeitigen Zeitpunkt deshalb keinen Sinn. Diese solle aber durchgeführt werden, sobald beim Thema mehr Klarheit bestehe.

Im Verlauf der Aussprache wird das Ansinnen der Verwaltung zur Einrichtung einer zentralen Clearingstelle für Sozialleistungen durch die StRinnen Meergans (SPD), Rühle (90/GRÜNE), Durst (CDU) sowie StR Dr. Mayer (AfD) begrüßt. Die Ratsmitglieder beauftragen die Verwaltung mit der schnellstmöglichen Erstellung der notwendigen Konzeption und der Einrichtung dieser Beratungsstelle. Es wird betont, dass das neue Angebot öffentlichkeitswirksam beworben und bekanntgemacht werden müsse. BMin Dr. Sußmann erklärt, dass in der nächsten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) über das weitere Vorgehen beim Thema informiert werde.

Durch die StRinnen Meergans und Rühle wird das Thema Wohngeld angesprochen. Beide Stadträtinnen plädieren dafür, doch bereits schon jetzt durch eine Informationskampagne über die geplanten Neuerungen im Zusammenhang mit der Wohngeldreform sowie das Unterstützungsangebot Wohngeld als Solches zu informieren. StRin Meergans macht in dem Kontext darauf aufmerksam, dass das Wohngeld eine untergenutzte Unterstützungsleistung sei und viele Berechtigte ihren Anspruch auf Wohngeld oftmals aus Unwissenheit nicht wahrnehmen würden. Aber gerade in der aktuellen Krisensituation seien die Bedürftigen auf jede zusätzliche finanzielle Unterstützung angewiesen.

Darauf eingehend, berichtet Frau Zorn (SozA), dass auf der städtischen Homepage im Internet breit über das Thema Wohngeld sowie die geplanten Änderungen informiert werde. Das Sozialamt stehe derzeit zudem im Austausch mit der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, um die geplante Informationskampagne zu planen.

StRin Bulle-Schmid (CDU) erklärt in dem Kontext, dass genau durchdacht werden müsse, wie Wohngeldberechtigte, die ihren Anspruch nicht wahrnehmen, am besten erreicht werden könnten.

StRin Rühle regt im Weiteren an, dass die zentrale Clearingstelle die Bürgerinnen und Bürger auch zum Thema Energieeinsparmöglichkeiten informieren sollte.

Zudem macht die Stadträtin darauf aufmerksam, dass durch die aktuelle Krise und insbesondere die steigenden Energiekosten auch soziale und kulturelle Einrichtungen, kleinere Träger sowie Vereine betroffen seien. Dies müsse im Blick behalten werden, um gegebenenfalls mit entsprechender Beratung sowie Unterstützung von städtischer Seite zu reagieren.

In ihrer Wortmeldung erklärt StRin Durst, dass nicht nur die Kostensteigerung bei Strom und Gas bedacht werden müssten, sondern im Bedarfsfall auch Personen zu unterstützen seien, die auf Heizöl oder Pellets angewiesen sind. Herr Wacker betont, dass auch in diesen Fällen entsprechende Lösungen gefunden würden.

Von StR Dr. Mayer wird im Folgenden die Befürchtung geäußert, dass nicht alle Bedürftigen durch die Beratungs- und Hilfsangebote erreicht würden. Der Stadtrat erinnert in diesem Kontext an den Antrag Nr. 325/2022 seiner Fraktion und bekräftigt die Forderung, dass die Landeshauptstadt Rücklagen zum Ausgleich sozialer Notlagen aufgrund von Energiekostensteigerungen bilden sollte.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Jobcenter
Sozialamt

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Amt für Revision
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand